

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 47.

Dienstag, den 19. April 1910.

38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der
Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Nachnahme

der „Kamener Zeitung“ befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Die Wahlrechtskommission

des Herrenhauses hat bereits Sonnabend vormittag um 11 Uhr ihre Arbeiten begonnen. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Graf Bocho zu Eulenburg gewählt. Die Kommission trat zunächst in eine Generaldebatte ein, die sich sehr lebhaft gestaltete und an der sich u. a. Prinz Schönau-Carolath, Freiherr von Landsberg, Fürst Richnowsky, Herr v. Buch, Professor Loening beteiligten.

In der Nachmittagsitzung beschloß die Wahlrechtskommission, zwei Lesungen abzuhalten. Nach eingehender Generaldebatte wurden der Artikel I und von dem Artikel II die §§ 1 bis 4 unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhaus angenommen. Es sind das die Bestimmungen über die Wahlberechtigung, über das aktive und passive Wahlrecht und außerdem die im § 4 enthaltene Bestimmung, daß die Abgeordneten von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Wählern in Stimmbezirken gewählt werden, die Wahl der Wahlmänner durch verdeckte Stimmzettel erfolgt. Die Herrenhauskommission hat damit die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Vorgehensweise in der indirekten Wahl und die geheime Wahl bei den Wahlmännerwahlen sanktioniert. Die weiteren Beratungen wurden auf Montag vormittag vertagt.

Oleško-Lyck-Johannisburg.

Die Niederlage der Konservativen im Reichstagswahlkreis Oleško-Lyck-Johannisburg ist eine politische Ueberrasschung erster Ordnung. Kein Mensch außer den vielleicht Nachbarn hätte auch nur geahnt, daß den Konservativen dieser ihr bombastischer Kreis auch nur ernstlich gefährdet, geschweige denn weggenommen werden könnte. Die nationalliberalen Kandidaten Kochan betrachteten ihre Anhänger wohl selbst nur als eine Saat für spätere Ernte. Und nun hat Kochan im ersten Wahlgang den Sieg errufen! In einem Wahlkreis, der von jeher zum konservativen Besitzstand gehörte, in dem sich vor drei Jahren 93,1 Prozent der Wählenden und 73,8 Prozent der überhaupt vorhandenen Wahlberechtigten für den konservativen entschieden hatten, wo also nach menschlichen Ermessen der Sieg eines Liberalen völlig ausgeschlossen war!

Die Parteipresse hat natürlich dieser Umschwung in äußerster Erregung verfaßt und in unzähligen Leitartikeln wird die Bedeutung des Ereignisses kommentiert. Die Liberalen messen ihm symptomatischen Wert bei und erblicken darin den Anfang vom Ende der konservativen Vormachtstellung. Die Konservativen bestreiten diese Auffassung durchaus und schreiben alle Schuld auf die „demagogische Agitation“ der Gegner. Eine der politischen Schlingenspiele der letzten Jahre, die beherrschende Wählerkraft sei, so sagt die offizielle konservativ-parteiliche Presse, „dem plötzlichen, planmäßigen Massenansturm struppeliger Gegner“.

Neulich äußern sich andere konservative Blätter. Demgegenüber muß doch objektiv festgestellt werden, daß auch die Konservativen es an scharfem Wahltrieb keineswegs haben fehlen lassen. So wurden u. a. den Nationalliberalen die Wahlverluste vorenthalten. Bis auf erhobene Beschwerde der Minister des Innern Remedur schaffte. Und auf dem platten Lande mußten die Nationalliberalen schließlich unter freiem Himmel Versammlungen abhalten, da ihnen die Konservativen sämtliche Versammlungsorte abgetrieben hatten. Wir sind der Meinung, daß den Konservativen durchaus freundlich gesinnten Germania, des Berliner Zentrumsorgans: „Wo mit einem Schlag ein solcher Massenabfall der Wähler stattfindet“

Wieder eine furchtbare Ballon-Katastrophe.

Sonntag früh 7 Uhr wurden im Garten eines Hauses von Reichensachsen ein Ballonkorb mit sämtlichen Instrumenten und verschiedenem Proviant aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß die Trümmer dem Ballon „Delisch“ angehören. Bei dem Korbe oder unweit davon lagen die Leichen der vier Luftschiffer. Zwei der Herren stiegen mit dem Korbe tief im Sande. Alle vier hatten entsetzliche Knochenbrüche erlitten, zum Teil stellten sie nur noch eine formlose Masse dar. Durch die Ballonhülle war anscheinend ein Blitzstrahl gefahren. Die Kleider der Toten waren vollständig zerfetzt. Bei dem furchtbaren Absturz sind die Luftschiffer durch die Zweige eines Obstbaumes gefallen, die niedergebrosen wurden. Der Kreisarzt, der sofort herbeigeholt wurde, nahm eine Besichtigung der Toten vor und ordnete dann die Ueberführung der Leichen ins Schützenhaus an. Dort ergab sich, daß die Leichen des verunglückten Ballons von einem Blitz getroffen worden sind. Die Wunden der Leichen lassen erkennen, daß

die Luftschiffer einen schrecklichen Tod gefunden

haben. Auf dem Antlitz des einen ist deutlich die Todesangst ausgeprägt. Alle hatten die Hände krampfhaft geballt. Die Leichen sind nach Feststellung des Todes durch den Arzt nach Eshwege gebracht worden. Die vier toten Insassen sind der Kaufmann Karl Luft aus Bitterfeld, ein sehr erfahrener Luftschiffer, der bereits 25 gelungene Fahrten, darunter mehrere Nachfahrten, hinter sich hatte, ferner Herr Ingenieur Leichsenring aus Steinfelde in der Pfalz und die Herren Amtshauptmann Söder und Kaufmann Traubner. Herr Dr. Söder hatte sich besonders für das Unglück des Grafen Zeppelin bei Osterlingen interessiert, und auf sein Betreiben war die Abteilung Leipzig des Deutschen Luftschiffvereins gegründet worden. Kaufmann Traubner war der Vertreter der Münchener Gummiwarenfabrik A. G. Meßender & Co. Der Führer Karl Luft war unverheiratet, während die drei Mitfahrer verheiratet waren und in den 30er Jahren standen. Als die alte Frau Luft die Nachricht vom Tode ihres Sohnes erhielt, verfiel sie in Schreikrämpfe, und erkrankte schwer. Man kann als sicher annehmen, daß der Ballon „Delisch“ aus einer Höhe von 600 bis 800 Metern herabgestürzt ist.

kann, da reicht der Hinweis auf die gegnerische Agitation zur Erklärung nicht aus, da muß etwas nicht in Ordnung sein.“

Die Riesenaussperrung im Baugewerbe.

Die Zahl der ausgesperrten deutschen Bauarbeiter wird von Arbeiterseite auf 200 000 angegeben. In den Kreisen der Arbeitnehmer ist die Stimmung eine feste und geschlossene. Die Delegierten der drei Kongresse in Berlin haben überall im Reich und in den Provinzen bei der Erörterung ihrer Referate volle Zustimmung gefunden. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter werden in den nächsten Wochen in Massen Flugblätter verbreiten, die über den Stand der Sache und die Gründe der Aussperrung Aufklärung geben sollen. Man erwartet auch, daß die sozialdemokratische Fraktion die Aussperrung im Reichstage zur Sprache bringen wird.

Das Kohlen Syndikat teilt mit, daß die Dortmund-Meldung, es habe 500 000 Mk. den Arbeitgebern im Baugewerbe zur Verfügung gestellt, jeder Veränderung entbehre. Eine derartige Spende liege außerhalb der Aufgaben des Syndikats, welches sich allein mit rein wirtschaftlichen Angelegenheiten des Kohlenbergbaues zu befassen habe.

Wie außerdem zu der amtlichen 5 Millionenpende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, von der wir nach einer Meldung des „Fr. Ztg.“ Notiz nahmen, von einer dem Zentralverband sehr nahestehenden Seite mitgeteilt wird, entbehrt auch diese Meldung jeglicher Unterlagen. Es ist nichts davon bekannt, daß der Zentralverband irgendeine Unterstützung zu Gunsten der Unternehmer des Baugewerbes beabsichtigt, weder in der genannten außerordentlichen Höhe, noch auch in kleinerem Umfang, ebensowenig ist sonst in maßgebenden Kreisen zurzeit von Maßnahmen ähnlicher Art etwas bekannt. Ob die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände der Frage einer Unterstützung

Ein Bild des Schreckens.

Nach Gutachten von Sachverständigen muß angenommen werden, daß der Blitz die vier Insassen der Gondel nicht gelähmt oder getötet hat. Sie dürften sämtlich erst infolge des ungeheuren Aufschlagens der Gondel zerschmettert worden sein. Zwei der Luftschiffer, deren Gesichter nicht verunstaltet waren, zeigen die Spuren der ausgetretenen Seelenangst im Gesicht. Sie weisen so ausgeprägte Züge der Verzweiflung auf, daß selbst die Ärzte erschauern. Eine Krankenschwester wurde so erschüttert, daß sie in Krämpfe verfiel. Aus den Gesichtern der Leichen geht hervor, daß sie den Sturz aus der schwindelnden Höhe in rasender Geschwindigkeit bei vollem Bewußtsein erlebten.

Ein Einwohner von Reichensachsen,

der gegen 1 Uhr aufgewacht war, hörte einen furchtbaren Knall. Er glaubte, es habe irgendwo eingeschlagen, da er aber ein Feuer nicht bemerkte, legte er sich wieder schlafen. Erst am anderen Morgen machte er die furchtbare Entdeckung, daß in einem Nachbargarten ein blutiger Arm aus dem Ballonkorbe hervorragte. Als man nun die Trümmer näher untersuchte, fand man die zertrümmerte Gondel und die entsetzlich zerschmetterten Leichen von vier Männern. Jedenfalls ist der Tod der Luftschiffer sofort eingetreten. Bei einer Ziegelei unweit des Dammberges wurden später drei große Stücke der zerlegten Ballonhülle gefunden. Die beiden größten Teile hatten einen Umfang von 25 bis 30 Metern, das dritte Stück war 6 bis 7 Quadratmeter groß.

Der Aufstieg zu der Todesfahrt

erfolgte Sonnabend abend um 1/7 Uhr in Bitterfeld. Bei völliger Windstille ging er glatt von Station, und in langsamer Fahrt zog der Ballon nach Westen davon. Er hatte die Richtung über Killeba i. Sa. genommen und war hinter Eise nach in ein Gewitter geraten. Die Luftschiffer hatten in einer Höhe von 460 Metern versucht, durch Auswerfen von Sandsäcken aus dem Gewitter zu kommen, was ihnen nicht gelingen zu sein scheint. Ein Blitz muß den Ballon getroffen haben. Sonntag nachmittag trafen vom Bitterfelder Luftschiffverein aus mehrere Herren hier ein, um die Ueberführung der Leichen zu veranlassen.

näher treten wird, steht noch nicht fest. Zurzeit hat sie jedenfalls noch keine Beschlüsse gefaßt.

Friedensansichten in Berlin.

Am Dienstag werden die Verhandlungen zwischen den Berliner Arbeitgebern und Arbeitnehmern fortgesetzt. Man hofft, daß es zu einer Einigung kommen wird, da die Stimmung durchaus friedlich ist. Den Berliner Arbeitgeberverbänden liegt besonders daran, daß ihnen verhältnismäßig keine Schwierigkeiten bezüglich ihrer prinzipiellen Ablehnung der Arbeit in Betracht kommen. In diesem Punkte wollen, wie wir hören, die Arbeitgeber nachgeben. Auch in der Frage der späteren Verfürgung der Arbeitszeit wird eine Einigung nicht mehr auf große Schwierigkeiten stoßen. Sinegen lehnen die Arbeitgeber jede Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 83 Pfennig strikte ab.

Deutschland.

— (Der Kaiser in Schli.) Wie der „Kleinen Presse“ aus Schli gemeldet wird, soll der deutsche Kaiser Sonntag, den 8. Mai, morgens, zu einem Besuche des Grafen Görz nach dort kommen.

— (Für ungültig erklärt!) Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des konservativen Abgeordneten Henning im Wahlkreis Kalau-Ludau für ungültig.

— Bei der Landtagswahl in Altenburg wurden sieben Sozialdemokraten (dem früheren Landtage gehörten fünf an), drei Nationalliberale, zwanzig Konservative und Wähler und zwei Freisinnige (früher einer) gewählt.

— (Englische Arbeiter in Deutschland.) Eine Abordnung von 64 englischen Arbeitern ist auf Anregung der Tarifreformliga von London nach Deutschland abgereist. Die Abordnung wird Berlin, Leipzig, Frankfurt und andere Städte besuchen, um den Schutzbund der Arbeitsverhältnisse, sozialen Reformen und der Erziehungswesen zu studieren.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— (Roosevelt bei Kaiser Franz Josef.) Freitag mittag wurde der frühere Präsident Roosevelt, der in Wien eintraf, vom Kaiser empfangen. Die Bevölkerung bereite ihm lebhaftes Ovationen.

— (Ein russischer Spion.) In dem Dorfe Bazan bei Lemberg wurde ein russischer Offizier, namens Betuzet, unter dem dringenden Verdacht der Spionage zu gunsten Rußlands verhaftet. Eine dahin vorgenommene Hausdurchsuchung ergab ein sehr umfangreiches Material; unter anderem beschlagnahmte man ein schwer kompromittierendes Schreiben Azew mit dem Poststempel Hermannstadt.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Totalartikel unterlagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 19. April. In der am Montag abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten waren nur 11 Mitglieder des Kollegiums anwesend. — Gegen die am 8. Februar in der ersten Abteilung vorgenommene

Stadtverordneten-Ergänzungswahl

sind Einwendungen nicht erhoben worden. Die Versammlung erklärt ebenfalls die Wahl (Ablauf der Amtsperiode Ende 1911) für gültig. — Im Anschluß hieran erfolgte durch Herrn Bürgermeister v. Basse die

Einführung

des bei dieser Wahl zum Stadtverordneten gewählten Herrn Betriebsleiters Emil Junkert. — Gegen das

Naturalisationsgesuch

des bisherigen ungarischen Staatsangehörigen Maurers Georg Hettich hatte Versammlung nichts einzuwenden. — Den nächsten Beratungsgegenstand bildete die von der vorgesetzten Behörde verfügte

Abänderung der Biersteuer-Ordnung.

wobei es sich, abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen, hauptsächlich um die Herabsetzung der Steuer für alkoholfreies Bier von 50 auf 30 Pf. pro Hektoliter und um anderweitige Festsetzung der für die Einfuhr des Bieres freigegebenen Tagesstunden handelte. Obgleich ein Stadtverordneter anfragte, wie es wird, wenn ein Bier bei Festlichkeiten usw. benötigt ist, auch zu anderen Stunden Bier einzuführen, wurde die Abänderung in der Weise genehmigt, daß für die Bierzufuhr die Stunden von 6—7 Uhr im Sommer und von 7—7 Uhr im Winter bestimmt sind. Auch die von Herrn Koepe ausgearbeitete Frage, ob Bierhändler für das von ihnen wieder ausgeführte Bier Rückvergütung der Steuer erhalten, blieb eine offene. — In einem Schreiben verwahrt sich der

Bürgermeister der Stadt Werne gegen die in einer der letzten Sitzungen der Kamener Stadtverordneten (19. Februar) etwas spöttische Behandlung der Forderung der Stadt Werne auf 4prozentige Verzinsung ihres Beteiligungskapitals. Die Stadt Werne sei zu dieser Forderung durch die Erwägung gekommen, daß sie bei direkter Linienführung etwa 5000 Mk. an Brückengeld einbüße, wozu noch 2% Zuschuß zur Verzinsung des Anlagekapitals komme. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen und hierauf zur Beschaffung einer

Schlafgelegenheit auf der Polizeiwache

der Betrag von 75 Mark bewilligt. — Bei dem Ankauf einer Grundstücksparzelle handelt es sich um eine Grundfläche von etwa zwei Quadratmetern, die, wie sich nachträglich aus den katastramtlichen Feststellungen ergeben hat, irrtümlicherweise von einem der evangelischen Kirchengemeinde gehörenden Grundstück zum Schulneubau mitbenutzt worden ist. Der Ankaufspreis wird mit 50 Mk. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit rügen einige Stadtverordnete, daß bei Neubauten und anderen Bauarbeiten sehr oft das Straßenterrain in ungebührlicher und den Verkehr fördernder Weise in Anspruch genommen wird. — Der mit 70 450 Mk. in Einnahme und Ausgabe abschließende

Sachhaltsplan der Gasanstalt für die Jahre von 1910—1912 wird genehmigt, ebenso der

Sachhaltsplan des Wasserwerks, abschließend mit 55 900 Mk. Beim Gaswerk ist der Betrag für Verzinsung um 2200 Mark pro Jahr niedriger eingelegt, da zwei angeliehene Kapitalien völlig abgezogen sind. Die auf dem

Gaswerk ruhende Gesamtsumme beträgt jetzt noch 130 764.86 M. Die Einnahmen des Gaswerks sind höher eingestiegen, weil der Verbrauch zugenommen hat und man sich auch durch die von den städtischen Körperlichkeiten beschlossene bessere Aufsicht einen Erfolg verspricht. Unter den Ausgaben befindet sich auch, entsprechend dem Beschluß vom 22. April 1909, ein Betrag von 2000 M., welcher dem Reservefonds zufließt. Für die Wasserwerkstätte beläuft sich der bei der Sparkasse angelegte Reservefonds jetzt auf 25 000 M. Die Verwaltungskosten sind um 1486 M. und die Kosten für den Wasserverbrauch um 5300 M. höher angestiegen worden. — Bei der Wahl eines Beigeordneten

wurde der bisherige Beigeordnete Herr Kettner Fr. Grebel, dessen Amtszeit am 22. November d. Js. abläuft, auf eine sechsjährige Amtsdauer einstimmig wiedergewählt. — Nach dem Vorschlage des Magistrats und unter Zustimmung der Aufsichtsbeförde sollen die bisher von Herrn Bürgermeister v. Wasse und einem Stadtverordneten vorgenommenen

regelmäßigen Sparkassenrevisionen in Wegfall kommen, wozu die Stadtverordneten ihre Zustimmung erteilen. — Gegen die

Zulassung

der Rhein-Feuer-Verf.-Ges. bei der Sparkasse hat Versammlung nichts einzuwenden und nimmt hierauf mit Bedauern davon Kenntnis, daß Herr Rechnungsrat Biesche sein Amt als

Rechnungsprüfer der Sparkasse

niedergelegt hat. Namens der Stadtverordnetenversammlung spricht Herr Stadtverordnetenvorsteher Fußmann Herrn Biesche herzlichsten Dank aus, worauf die Versammlung Herrn Stadtschreiber Flor mit der Rechnungsprüfung beauftragt. — Nunmehr erfolgten Mitteilungen in Sachen des

Prozeß Ebers,

welcher in der ersten Instanz einen für die Stadt ungünstigen Ausgang genommen hat. Der Bürovorsteher Ebers klagt gegen die Stadt, weil ein von ihm gekauftes Baugrundstück nach dem neuen Bebauungsplan zu einem freien Platz gehört und deshalb nicht bebaut werden darf. Der Magistrat hält die Weiterführung des Prozesses für aussichtslos und außerdem für grundsätzlich wichtig, da bei dieser Gelegenheit für die Stadt Namen der Begriff „historische Straße“ entschieden werden soll. Herr Fußmann hält die Weiterführung des Prozesses für aussichtslos, obgleich E. das Grundstück gekauft hat, nachdem der Bebauungsplan bereits feststand. Versammlung hat gegen die Weiterführung des Prozesses nichts einzuwenden und genehmigt außer der Tagesordnung einen Magistratsantrag auf

anderweite

Festsetzung des Dienalters

für einige ältere städtische Beamte, welche durch die Festsetzung des pensionsfähigen Dienalters auf 21 Jahre geschädigt werden, da sie nicht zu den Militärversorgungsberechtigten gehören. Für diese besonders namhaft gemachten Beamten beginnt demnach das pensionsfähige Dienalter mit 18 Jahren. Die bei der Pensionsklasse entfallenden Mehrkosten tragen die Untragssteller. — Zum Schluß erfolgte noch die Mitteilung, daß die

Klage Kuschka gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwählerliste vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen worden ist, weil Kläger nicht rechtzeitig die Begründung zu seiner Klage eingereicht hat. Ob Kläger diese Begründung innerhalb der vierwöchigen Frist eingereicht hat, ist nicht bekannt. — Ausdrücklich betonte aber Herr Stadtverordnetenvorsteher Fußmann, daß die beiden Klagen gegen die Gültigkeit der im November v. Js. getätigten Stadtverordnetenwahlen mit obiger Klage nichts zu tun haben und noch schweben.

Kamen, 19. April. (Verschiedenes.) Während der Saison in Bad Königsborn soll auf der Straßenbahn-Station Unna-Kamen auch wochentags nachmittags **Vierteilstundenverkehr** eingeführt werden. — Die Vorarbeiten für die Weiterführung der Straßenbahn von Bahnhof Berglamm-Werne über Rünthe nach der Stadt Werne a. d. Lippe, sind nunmehr in Angriff genommen worden. Man hofft, die Neubauschleife noch im Laufe des Sommers fertig zu stellen.

(Vaterländische Feste.) Im hiesigen Schützenhof sind Sonntag die ersten der in Aussicht genommenen Vorstellungen des patriotischen Festspiels „Barbarossa's Erwachen, Deutschlands Erhebung und Einigung“ über die Bühne gegangen. Wie man nach den Proben voraussehen konnte, ist von den Darstellern mit einer Liebe und Hingabe gespielt worden, die Künstler von Beruf angestanden hätte. Die Sprechrollen waren in überaus glücklicher Wahl verteilt. Die allegorischen Figuren in ihren geradezu glänzenden Gewändern wurden von ihren Darstellern künstlerisch zur Geltung gebracht. Der stolze Schmerz der Vorrussa fand durch Spiel und Deklamation empfindungsreiche Wiedergabe. Auf gleicher Höhe künstlerischer Abwägung wurde die Rolle der Galia von ihrer Trägerin gehalten. Die Hoffart, der Hochmut und zum Schluß die beleidigte Eitelkeit der Stolz, fanden so überzeugendes Leben, daß man ganz empfand, ob solches Gebaren ihre Niederlage herbeiführt. Etwas, was man nach vorheriger bloßer Lesart des Festspieltextes, nicht hat voraussehen können, war die packende dramatische Wirkung, die von den Vorgängen auf der Bühne ausging. Die gesprochenen Worte bildeten ein eindrucksvolles Geranke um die als eigentliche Handlung zu betrachtende Bilderfolge. Die Vereinigung von dramatischer und plastischer Darstellung vermochte einen durchaus neuen Reiz auszuüben, der in den meisten Momenten zur vollen Aufmerksamkeit führte. Gleich als über dem Gepräch der Vorrussa mit der Galia die Szene sich zum erstenmal aus Wollenschleier löste, um die königliche Aulicherin Luise und ihren gekrönten Gemahl sichtbar werden zu lassen, war das Hören und Betrachten in den Bann der Vorgänge geschlagen. In bunter Reihenfolge entrollten sich dann die Bilder. Wildbelebte Schlachtenzenen voll natürlicher Lebens wechsell mit Silber voller Ernst, Erschütterung, Rührung und Erhebung. Der erste Teil des Festspiels

stieß vor uns die Ereignisse von 1806 bis 1813 vorüberstrichen. Namentlich glitt aus dem Bewußtsein alles in der Ueberlieferung Lebende in buntem Wechsel dahin. Wir sahen die Opferfreudigkeit des Preußenvolkes 1813, erlebten die feierliche Einsegnung der Lüdwig in der Kirche zu Naujan, bewunderten Johanna Sieger in ihrer Selbsten bei Lindeburg. Der Tod des Freiheitskämpfers Körner bei Gadebusch erweckte in uns das Gefühl stiller Begeisterung. Mit hoher Befriedigung erblickten wir dann die Einnahme des halleschen Tores von Leipzig durch den großen Vater Blücher. Und so ging es weiter bis zu dem großen Moment, wo wir den Kaiser Nikolaus an „seinen Marmortisch“, von der Klio aufgeweckt, erwachen sahen und ihn mit markig brüllender Rede auf das Kommen des Kaisers Weißbart deuten hörte.

Der 2. Teil faßt sich mit Dingen, die noch lebhafter in der Erinnerung der Lebenden stehen, mit den Ereignissen des Krieges von 1870/71, dessen herrliche Frucht die Einigung der deutschen Stämme zum deutschen Kaiserreich war. Und wieder waren es glanzvolle Bilder, vor denen der Vorhang sich hob. Des Herrschers Ruf, das gesamte deutsche Volk in Waffen umringen die Selbstgehalt der Germania, Kriegers Abschied, das brauende Getöse der vielen Schlachten, das barmherzige Walten edler Frauen in den Feldlazaretten; die Siegesbotschaft des „großen Schweigers“ nach dem blutigen Ringen um Gravelotte. Die Turkojane, die unerlaubte Requisition, lassen uns für Augenblicke den Ernst des Krieges vergessen. Und immer aufwärts geht es und vorwärts wie in der Entwicklung des Dramas, dessen Höhepunkt der Siegeserwerb von Sedan und die Kaiserproklamation bildeten. Die Darstellung endete mit der freudigen Heimkehr der Söhne Kamens, die mit klingendem Spiel ihren Einzug halten. Eine Schlussszene, „Deutschlands Huldigung“ bildet die krönende Kuppel des glänzenden Banners dieser Festspiele.

Es ist denn in Dichtung und Darstellung ein Abschnitt „Vaterländische Geschichte“ an uns vorübergezogen. Die Erinnerung ist neu belebt und das Bewußtsein irdische Größe und Verfalls, irdischen Niederganges und Wiederaufstehens neu gestärkt. Ganz besonders verleiht die große elektrische Scheinwerfer dem ganzen einen erhöhten Glanz. Wir wollen auch hier nicht verfehlen, jeden Vaterlandsfreund, jeden Patriot auf den Besuch dieser wahrhaft herrlichen Aufführungen aufmerksam zu machen. Jeder wird hochbefriedigt von ihnen gehen.

(Kurse an der Landwirtschaftl. Wirterschule zu Dortmund.) Interessenten machen wir hierdurch nochmals darauf aufmerksam, daß der Buchführungskursus am 19. April cr., nachmittags 3½ Uhr eröffnet wird. Der Kursus für Geflügelzucht beginnt am 20. d. Mts., vormittags 9 Uhr. In der Prüfung des am 14. d. Mts. beendeten XIV. Kurses der Fußschlaglehre sind wiederum sämtliche Schmiebe gut bestanden. Der nächste Kursus wird am 9. Mai eröffnet.

(Turnunterricht in Fortbildungsschulen.) Die Meininger Staatsregierung hat die Einführung des pflichtmäßigen Turnunterrichts in den Fortbildungsschulen angeordnet. Zunächst sollen Übungskurse für die Leiter in den Kreisstädten abgehalten werden. Die Regierung zahlt den dazu in Aussicht genommenen Vorturnern täglich 3 Mark aus Staatsmitteln.

(Seenen-Werke, 19. April. In seiner Generalversammlung) berät der evang. Arbeiterverein über die Erhöhung der Beiträge und den Beitritt zur Kinderheilstätte. Der endgültige Beschluß über diese beiden wichtigen Punkte wurde jedoch einer späteren Versammlung vorbehalten. Sodann wurde beschlossen, eine Beteiligung des Vereins an der Jubelfeier in Elberfeld am 2. Pfingsttag, am ersten Festungsfeste des Evang. Arbeitervereins Göttingen am 24. April, und am Feste des 20jährigen Bestehens des Evangelischen Vereins Unna am 8. Mai. Zum Schluß hielt Herr Pastor von Welsen aus Unna einen längeren, interessanten Vortrag über die Wunder der Sternennwelt.

(Dortmund, 16. April. (Die Wahlrechtsdemonstration vor Geri.) In der gestern morgen wieder aufgenommenen Verhandlung gegen den Redakteur Beyer wegen Verleumdung der Dortmunder Polizei im allgemeinen, die Donnerstagabend verlagert worden war, wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Während die Zeugen fast durchweg behaupten, daß die Polizei blank gezogen und auf die Kundgebung eingeschlagen habe, sagen sämtliche Schöffen das Gegenteil aus. Der Polizeibeamte Heinrich Ißen sagt als Zeuge aus, er habe einen Mann verhaftet, der fortwährend noch lachte und sich widersetzte, als er festgenommen werden sollte. Er sei mit dem Verhafteten zu Boden gestürzt, und als ihm der Mann das Kinn zertrug, habe er ihm verschiedene Stöße mit der Faust versetzt, um ihn abzuwehren. Erst mit Hilfe eines zweiten Beamten sei der Mann zur Wache gebracht worden. Nach einhelliger Beratung fällt das Gericht das Urteil dahingehend, daß Beyer wegen öffentlicher Verleumdung (§§ 185 und 183 St. G. B.) zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden sei. Diese 6 Wochen werden unter Einziehung der Donnerstag gegen den Anwaltigen erlassenen Strafe von 1 Monat in eine Gesamtstrafe von 2 Monaten umgewandelt.

H Dortmund, 16. April. Die Strafkammer verurteilt den 16-jährigen Kaufmannslehrling Döding, der mit Altersgenossen an 30 schwere Diebstähle (Mantelfarben diebstahl) ausgeführt hatte und, als er ertrapt wurde, ein Dienstmädchen zu erschlagen versuchte, zu 2½ Jahren Gefängnis.

(Dortmund, 18. April. (Verschiedenes.) Am Hauptbahnhof fand man einen anscheinend angetrunkenen älteren Mann vor, der zu seiner eigenen Sicherheit in Verwahr genommen wurde. Als man nach einer Stunde nach ihm sah, fand man ihn tot vor. Es handelt sich um den Schuhmacher Heinrich Niesenberg aus Hufen.

Der 18-jährige Devisenbote Heinrich Krid von hier stahl seiner erwachsenen Schwester ein Sparfahrschloß über 1700 M., hob das Geld ab und wurde damit flüchtig. Wohin sich der Dieb gewandt hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

(?) Kettlinghausen, 18. April. (Von einer Leinwand verbrannt.) In der Nähe der Ro-

tonie in Klein-Erkenschwid wurden bei einem Stängel, an welchem Planierungsarbeiten vorgenommen werden, drei spielende Kinder von einer herabstürzenden Leinwand verbrannt. Leider konnten nur zwei der Kinder gerettet werden. Das Dritte wurde als Leiche geborgen.

(Dortmund, 18. April. (Im Fieberwahn.) Am abends 11 Uhr der Bergmann Karl Pöschke von hier, der erst seit vier Tagen verheiratet ist, heimkehrte, bemerkte er in der Küche eine Blutlache. Hinter der Tür des Schlafzimmers lag in einer großen Blutlache seine Frau, mit dem Gesicht nach dem Fußboden zu. Als er die Frau umdrehte, entdeckte er in der linken Brustseite ein bis an das Herz in der Brust steckendes Brotmesser. Die Frau war bereits verstorben. Man vermutet, daß es sich um einen im Fieberwahn begangenen Selbstmord handelt.

(Essen, 18. April. (Massenprozeß.) Am 29. ds. Mts. findet im hiesigen Schwurgerichtssaale ein Massenprozeß statt. Angeklagt sind 38 Personen, die an der Wahlrechtsdemonstration teilgenommen haben; 19 Personen sollen den Anordnungen der Polizei nicht Folge geleistet haben, zwei sollen einen Aufzug ohne Genehmigung veranstaltet haben; andere sind angeklagt, Polizeibeamte öffentlich beleidigt, ruhestörenden Lärm erzeugt, einen falschen Namen gebraucht zu haben usw. 44 Schöffen und Wachmänner sind als Zeugen geladen worden.

(Barmen, 18. April. (Sparkassenverantw.) Vor dem Schwurgericht hatte sich der Sparkassenverantw. Robert Gerbig aus Radevormwald zu verantworten. Aus drei Nebensachen, die er verurteilt, entnahm er 5508 M. und verdeckte diese Unterschleife durch falsche Buchungen. Sparkassengelder hat er nicht angegriffen, dafür aber 770 M., die er als Zwangsverwalter vernachlässigt hatte. Ferner unterschlug er 1000 M. und 2500 M., die ihm zum Einlegen in die Sparkasse von Verwandten übergeben waren. Das Urteil lautete unter Zuhilfenahme mildernden Umstände auf 18 Monate Gefängnis.

(Düsseldorf, 18. April. (Silberdiebst.) Bei den vereinigten Silberwarenfabriken hier sind größere Silberdiebstähle angeklagt worden. Der Wert des insgesamt gestohlenen Silbers beträgt sich auf rund 6000 M. 2 Arbeiter des Werkes wurden wegen der Diebstähle, zwei weitere Arbeiter wegen Helferei und der Inhaber einer Gold- und Silberschmelze wegen Anlaufs des gestohlenen Silbers verhaftet.

(Düsseldorf, 18. April. (Giftmord.) Der 67-jährige Erbsenarbeiter Lambert Thissen, Kölnstraße, wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Anscheinend liegt Giftmord vor. Der Verdacht lenkt sich gegen einen Fabrikarbeiter, der mit der 29-jährigen Ehefrau des Verstorbenen ein sträfliches Verhältnis unterhielt.

(M.-Gladbach, 18. April. (Aus dem Zuchthaus in den Tod.) Freitag früh fand man auf einer Wiese einen Mann an einem Baume erhängt vor. Es handelt sich um den 39-jährigen Arbeiter Ignaz Jarginsky, der erst vor einigen Tagen aus dem Zuchthaus in Celle entlassen worden war. Dort hatte er eine 1½-jährige Zuchthausstrafe wegen Einbruchdiebstahls verbüßt.

(Arel, 16. April. (Durch falsche Medizin getötet.) Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche einer Frau Müben bei Frau unter Vergiftungserscheinungen gestorben war. Es hat sich nun ergeben, daß ein Apotheker durch seine Fahrlässigkeit den Tod der R. verschuldet hat. Bei der Anfertigung einer Medizin für die kranke Frau R. verah er sich im Rezept und fügte der Medizin eine wesentlich größere Menge einer giftigen Arznei bei, als verordnet worden war. Die Frau ist durch den Genuß der Medizin gestorben. Der Vorfall dürfte für den Apotheker ein gerichtliches Nachspiel wegen fahrlässiger Tötung haben.

(Arel, 16. April. Ein aufföherergerder Prozeß.) der gleichzeitig ein Nachspiel des in Arel verhandelten Feste-Prozesses bedeutet, kommt am 4. Mai vor der Kreisler Strafkammer zum V. strag. Professor Garre Bonn hat gegen den Schriftsteller Magnus Bonn und den Redakteur Stader-Kreisel eine Verleumdungsklage wegen der bekannten Krankenhausaffäre angehängt. Die Beklagten haben zu der Verhandlung einen umfangreichen Zeugenapparat aufgestellt, da sie glauben, die Krankheitserscheinungen im Krankenhaus durch die Ärzte seien nicht einwandfrei gewesen. Wahrscheinlich wird dabei die ganze Feste-Affäre nochmals aufgerollt werden.

(Arel, 16. April. (Unterdrückungen.) In dem bergischen Dete Lindlar stellte sich der Gemeindevorsteher freiwillig der Polizei mit der Selbstbeschuldigung, eine größere Summe Geldes bei der dortigen Gemeindefasse unterschlagen zu haben. Er wurde in Haft genommen. Die Höhe der veruntreuten Summe steht noch nicht fest.

(Arel, 16. April. (Durch Unvorsichtigkeit getötet.) In Immelpel spielte ein 22-jähriger junger Mann mit einem geladenen Revolver. Ein Schuß ging los und tötete den Unvorsichtigen nieder.

(Bonn, 16. April. (Schwindler verhaftet.) Die Polizei hat schon wieder einen Schwindler verhaften können. In einem hiesigen Zuhörergesellschaft erschien ein Fremder, der sich als Graf Egon zu Dohna-Schlöbitten vorstellte. Er gab an, das Geschäft sei ihm vom Fürsten zu Hohenberg zum Kauf eines Schatzschreines empfohlen worden. Der „Kauf“ kostete ein Perlentücher zum Preis von 2300 M. aus. Als er aber den Schatz ohne Bezahlung mitnehmen wollte, schloß die Geschäftshabe in Verhaft und schloß vor, daß an dem Halsband noch einige „keine Arbeiten“ auszuführen seien. Der „Graf“ hat den Kauf in ein hiesiges Hotel zu schicken. Als die Geschäftsinhaberin auf telefonische Anfrage in dem Hotel erfuhr, daß bis dahin kein Graf Egon zu Dohna-Schlöbitten „abgeschickt“ sei, machte sie der Polizei Mitteilung, die den Schwindler, der inzwischen im Hotel Wohnung genommen und sich ins Fremdenbuch unter dem oben genannten gräflichen Namen eingetragen hatte, festnahm. Bei seinem „Einzuge“ hatte er angegeben, daß Dienerschaft und Gepäck nachfolgen würden. Der Schwindler ist ein Student aus Karlsruhe i. B.

(Frier, 16. April. (Durch einen Schädelbruch lebensgefährlich verletzt worden ist

ein Lokomotivführer, als er bei der Einfahrt in den Uerziger Bahnhof sich, um nach dem Signalen zu sehen, aus der Maschine herausbeugte. Er schlug dabei an einen Signalmast. — Frier, 16. April. (Totschlag.) In dem lohringischen Dorfe Obergünther hat der Arbeiter Hornet auf offener Dorfstraße seinen Schwiegerohn Kahl mit der Hacke totgeschlagen. Der Mörder wurde ins Diefenhofener Gefängnis gebracht.

(Frankfurt, 18. April. (Verhaftete Mädchenhändler.) Durch die Bemühung der Kriminalpolizei von Frankfurt a. M. wurde eine aus fünf Personen bestehende Mädchenhändlerbande verhaftet. Der Hauptbeteiligte ist ein gewisser Raphael Reicheb, der schon lange in diesem „Gewerbe“ tätig ist, bis jetzt aber nicht erwischt werden konnte. Seine verheiratete Tochter, Gutte Tschapla, verschleppte ein Mädchen, die siebzehnjährige Steinmann, aus Lohz nach Straßburg, wo eine Scheintrauung vorgenommen wurde. Der alte Reicheb wurde in Frankfurt a. M. verhaftet, die Tschapla in Straßburg, drei andere Mitschubige in Gießen, wo die Bande auch operiert hat. Man fahndet noch nach der Frau Reicheb und einem gewissen Schneberger, der als angeblicher Rabbiner die Trauung vollzogen hat.

Handel und Industrie.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation wurde der Antrag der Verwaltung, das Aktienkapital um 4,8 Millionen Mark zu erhöhen, genehmigt.

(Karlshöhe der Bergmann Elektrizitätswerke.) Die Aufsichtsratsung beschloß, die Dividende wieder mit 18% in Vorschlag zu bringen. Der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr ist um über 60% gestiegen. Dieser Umsatz sowie die großen Aufgaben der Elektrizitätsindustrie geben der Gesellschaft Veranlassung, das Aktienkapital um 8 Millionen Mark zu erhöhen.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Rombacher Sattlenwerke wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 auf 50 Mill. Mark beschlossen. Auf die Anfrage eines Aktionärs antwortete die Verwaltung, ob und wann weitere Kapitalerhöhungen notwendig seien, darüber könne sie sich nicht festlegen, auch keine Erklärung darüber abgeben, daß in diesem Jahre keine weitere Erhöhung stattfinden werde.

Generalversammlung der Teufel-Luge-Burgischen Bergwerks- und Sattlenwerke, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 13½ Millionen Mark auf 63½ Millionen Mark. Davon dienen 10 Millionen, die vom 1. Juli 1911 ab dividendenberechtigt sind, zum Erwerb der gleichen Anzahl Aktien der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft Karlingen.

Glücklich verlaufener Ballon-Unfall.

Der Ballon „Prinzess Viktoria“, der Freitag morgen 9.30 Uhr im Saarbrücker Volksgarten aufsteigen war, kam hinter Marburg in eine vertikale Boe. Der Ballon wurde von der Boe erfasst und aus einer Höhe von 700 Meter heruntergedrückt, obgleich die Insassen Oberleutnant Heine vom 70. Inf.-Regt., Führer, sowie Brauerreidirektor Müller in Geislaun und Hauptmann Knock aus Saarbrücken den gesamten Ballast bis auf 2½ Bandfäden herauswarfen, ließ der Ballon auf. Oberleutnant Heine und Brauerreidirektor Müller wurden herausgeschleudert, Hauptmann Knock mit dem Ballon aber in die Höhe gerissen. Später gelang es ihm, zu landen. Der Ballon trieb dann fahrlos weiter. Sämtliche drei Herren sind unverletzt.

Ueber der Feldmark von Söhlde bei Hoheneggelben sah man, wie aus Söhldehin gemeldet wurde, Freitag nachmittags einen Ballon schweben, der später als der entflozene Saarbrücker Ballon „Prinzess Viktoria“ festgestellt wurde. Den Insassen gelang es, den Ballon herabzuziehen. In dem Korbe befanden sich einige Flaschen mit Wein und einige Butterbrote, ferner mehrere Wollarmen vom 70. Infanterieregiment in Saarbrücken. Das Untertan des Ballons fehlte. Die Ballonhülle wurde von dem Gemeindevorsteher in Verwahrung genommen. Der Mechanismus registrierte 6000 Meter Höhe. Daß die Höhe auch wirklich erreicht wurde, beweist die Tatsache, daß die im Innern der Gondel aufgefundenen Mineralflaschen gefroren waren. Der Gemeindevorsteher machte telegraphisch dem Saarbrücker Regiment Mitteilung.

Aus aller Welt.

Die Leiche Delbrücks gefunden. Die Leiche des mit dem Ballon „Kommern“ bei Söhlde verunglückten Reichstagsabgeordneten Dr. Delbrück ist Samstag vormittags gegen 11 Uhr genau an derselben Stelle gefunden worden, an der der Ballon ins Wasser gefallen ist. Der Ziviltaucher Lung, der vor einigen Tagen nach der Leiche des Verunglückten suchte, erhielt Unterstützung durch einen Taucher des Torpedoboots „E. 171“. Die beiden Taucher kamen zu gleicher Zeit an die Leiche und borgen sie. Man brachte die Leiche ans Land, wo sie den Behörden übergeben wurde. Ueber die Bezeichnung ist noch nichts bekannt.

Revision im Kwidel-Prozeß. Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts in Posen, die den jungen Grafen Kwidel der Frau Mayer als ihren Sohn zuspäch, ist von dem Reichsgericht das Grafen Kwidel beim Reichsgericht Revision eingelegt worden.

Grossfeuer in Hamburg.

Im Freizeiten, hinter Vol A, in dem viele Delaisier lagen, entfiand Freitag vormittags ein Großfeuer, wodurch drei Speicher in Brand gerieten. Es sind mehrere Personen gestorben worden. Die genaue Zahl steht noch nicht fest. Die Feuerwehre ist vollkommen machtlos. Die Entstehungsursache des Brandes wird auf die Schuld eines Mechanikers zurückgeführt, der

Frühjahrs-Kontrollversammlungen 1910 im Landkreis Hamm.

Es werden hierdurch zur Teilnahme an der Kontrollversammlung zu nachstehend aufgeführten Orten und Zeiten angefordert: die Unteroffiziere und Mannschaften (auch Halbinvaliden und zeitig Ganzinvaliden, sowie diejenigen Personen der Reserve und Landwehr I, welche hinter die letzte Jahresschleife der Landwehr I oder II zurückgestellt sind) der Jahrgänge 1897 bis einschließlich 1909, sämtliche Ersatzreserveoffiziere, die zur Disposition der Truppen beurlaubten, die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften, sowie alle diejenigen seither außer Kontrolle befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften, über deren militärisches Dienstverhältnis eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen ist. Die Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1897 und 1898, welche volle drei Jahre aktiv gedient haben und bereits zur Landwehr II Aufgebots übergetreten sind, brauchen nicht zu erscheinen.

Kamen (Sofraum des Herrn Wirts Kienhard, Schützenhof, Stadt Kamen).
Gemeinden: Verglamen, Oberberge, Kottum, Derne und Berche (vom Amtsbezirk Unna-Kamen).

20. April, 8 1/2 Uhr vormittags: Reservisten der Jahrgänge 1903 bis 1905;
20. April, 10 1/2 Uhr vormittags: Reservisten der Jahrgänge 1906 bis 1909;
20. April, 1 Uhr nachmittags: Alle Ersatzreserveoffiziere.

Metzler (Sofraum des Herrn Wirts Pfennigheuer).
Gemeinden: Metzler, Westd., Kaiseran, Wassercourt, Oberaden, Niederaden, und Weddinghofen (vom Amtsbezirk Unna-Kamen).

21. April, 10 Uhr vormittags: Alle Kontrollpflichtigen, die nicht auf Beche Court beschäftigt sind;
21. April, 12 Uhr mittags: Alle Kontrollpflichtigen der Mittagschicht der Beche Court;

21. April, 3 1/2 Uhr nachmittags: Alle Kontrollpflichtigen der Mittagschicht der Beche Court.

Werbe (Saal des Herrn Wirts Klothmann).
Gemeinden: Heeren und Werbe (vom Amtsbezirk Unna-Kamen).

22. April, 11 1/2 Uhr vormittags: Alle Kontrollpflichtigen, die Nichtbergleute sind;
22. April, 1 Uhr nachmittags: Alle Kontrollpflichtigen der Mittagschicht der Beche;
22. April, 3 Uhr nachmittags: Alle Kontrollpflichtigen der Mittagschicht der Beche.

Zu welchem Jahrgang ein jeder Mann gehört, ist auf dem Dedel des Militärpasses zu ersehen.

Mannschaften der Land- und Seewehr I. Aufgebots des Jahrganges 1898, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September eingetreten sind, sind von den Frühjahrskontrollversammlungen entbunden und erscheinen zu den diesjährigen Herbstkontrollversammlungen.

Unteroffiziere, Mannschaften und Ersatzreserveoffiziere haben ihre Militärpapiere nebst vorgeliebter Kriegsbeurteilung oder Befähigung mitzubringen.

Die zur Befreiung Verpflichteten erhalten nur hierdurch den Befehl, sich pünktlich zu stellen, weitere Anforderungen erfolgen nicht.

Eigenmächtiges Fortbleiben von den Kontrollversammlungen wird als Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl ausnahmslos mit Arrest bestraft. Desgleichen wenn jemand ohne Erlaubnis an einem anderen, wie dem zuständigen Orte, der Kontrollversammlung beizuht.

Befreiungen von den Kontrollversammlungen können nur durch das Bezirkskommando erteilt werden.

Bezügliche Gesuche von Unteroffizieren, Mannschaften und Ersatzreserveoffizieren sind bis spätestens 1. April an das Meldeamt Hamm zu richten.

Soest, März 1910.

Königliches Bezirks-Kommando.



MACHNOW'S

Arcons-Räder sind die billigsten, hochelegant u. unverwundlich im Gebrauch. Elegante **Halbrenner**, Doppelglockenlager mit Pneumatic 39 M., starke Tourenmaschinen 45 M., hochfeine **Damenfahrräder** 45 und 52 M., mit Torpedofreilauf, Rücktrittbremse 9 M. mehr. **Laufdecken** 1.50, 2., 2.50 M., **Gebirgsreifen** 4.50, **Schläuche** 1.50, 2., hocharmige **Familien-Nähmaschinen** 36 M. Tausende Anerkennungs schreiben. Jahresumsatz 15000 Räder. **Verlangen Sie Prachtkatalog gratis und franko.** 405

Ernst Machnow, BERLIN C. 66, Weinmeisterstr. 14

Ziehung 30. April in Elberfeld
Luftschiffer-Lose
à 1 M. 11 St. 10 M. Porto u. Liste 30 Pfg. extra.
Bargeld 90 % für alle 2333 Gewinne
10000
5000
Hauptgewinne
vers. geg. Kasse od. Nachn.
Carl Seitz, Düsseldorf, Postfach 321.

Gand

zum Mauern u. Verputzen, für Gärten u. Wegebauzwecke empfiehlt billigt

Heinrich Dalhoff, Hiltrup i. W.

Sandgrube mit Eisenbahnanschluss. 161
Telephon-Amt Hiltrup Nr. 22.

Flechten

aus u. trockene Schuppenflechte, ekzemat. Ekzema, Hautausschläge, offene Füße

Beinschäden, Beinschwellen, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der besten bewährten

Rino-Salbe

frei von schädl. Bestandteilen. Dose Mark 1,15 u. 2,25. Dank schreiben gen. täglich etc. Nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und mit Firma Schubert & Co., Weinbühl-Dresden. Fälschungen weisen man zurück. Zu haben in den Apotheken.

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Bilanz-Post“ (Erlangen 22).

Königliche Regierung. Arnberg, d. 24. März 1910.
Abtl. für Kirchen- u. Schulwesen.
II 1 Nr. 441.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zu Kenntnis der Beteiligten gebracht, daß die Umpfarung der katholischen Bewohner der politischen Gemeinde Bönen ebenso wie bezüglich Oster- und Winterbönen in der Urkunde vom 7. Juni 1909 Nr. 7882 bestimmt ist, aus der Pfarrei Rhynern in die katholische Pfarrei Kamen in Aussicht genommen ist.

Diejenigen, welche gegen die Umpfarung Einwendungen zu erheben oder Ansprüche auf Entschädigung wegen Verlustes besonderer Rechte und Vorteile infolge der Umpfarung geltend zu machen haben, werden hierdurch auf Grund des § 239 Teil II Titel 11 des Allgemeinen Landrechts aufgefordert, diese Einwendungen und Ansprüche innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem zu unserm Kommissar in dieser Angelegenheit ernannten Königlichen Landrat Herrn Schulze-Bellum in Hamm schriftlich einzureichen, oder zu Protokoll zu erklären.

gez. Spickendorff.
Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Allgemeinen Kenntnis gebracht.

Kamen, den 14. April 1910.
Der Bürgermeister: v. Basse.

Bekanntmachung.

Die festgesetzten Gemeindesteuerlisten der Stadt Kamen für das Steuerjahr 1910 liegen gemäß § 80^a des Einkommen-Steuer-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 vom 20. d. Mts. ab 14 Tage zur Einsicht der Steuerpflichtigen auf unserem Steuerbureau im Rathaus, Zimmer Nr. 3, aus.

Gegen diese Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungszeit die Berufung an die zuständige Behörde zu.

Kamen, den 15. April 1910.
Der Magistrat: v. Basse.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Hundesteuerliste der Stadt Kamen für das Steuerjahr 1910 liegt gemäß § 6 Absatz 1 der Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirke der Stadt Kamen vom 19. Dezember 1908 vom 18. d. Mts. ab 2 Wochen lang zur Einsicht in unserm Steuerbureau (Zimmer 3 des Rathauses) aus.

Kamen, den 13. April 1910.
Der Magistrat: v. Basse.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,

soll in Schrivers Ort in der Nähe der Beche Grimberg:

4 Morgen Ackerland

in Abteilungen verpachtet werden.

Versammlung in der Wirtschaft Schulze-Berg-Kamen, hier.

Töddinghausen, den 15. April 1910.

Blödom.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme an dem uns betroffenen schweren Verluste sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank.

Kamen, im April 1910.

Familie Carl Müller.

Kamener

Spar- und Darlehnskassenverein

eingetragene Gesellschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Sonntag, d. 24. April, nachm. 4 Uhr,

General-Versammlung

beim Wirt Friedrichs, Kamen.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß Entschuldigungen nur beim Vereinsvorsteher angebracht werden können.

Der Vorstand.

Die Arbeiten u. Materiallieferungen

zum teilweisen Ausbau, ca. 200 Meter, der Oststraße in der Gemeinde Heeren-Werwe sollen vergeben werden.

Kostenanschlag und Bedingungen liegen auf Zimmer 6 des Amtshauses in Unna, an den Wochentagen vormittags von 8—1 Uhr 2 zur Einsicht aus. Angebote werden bis zum 25. d. Mts. erbeten.

Unna, den 15. April 1910.

Der Amtmann: Sabass.

Verdingung.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung sollen sämtliche Arbeiten u. Lieferungen zum Bau einer neuen Kirche in Kaiseran bei Courl

ausschließlich Zit. Glaserarbeiten und Insgeheim im ganzen vergeben werden.

Kostenanschlag, Zeichnungen und Bedingungen liegen in der Wohnung des Herrn Vikar Pieper in Kaiseran zur Einsicht auf und sind die Offerten mit entsprechender Aufschrift bis zum 22. d. Mts. dortselbst portofrei einzureichen.

Am Dienstag den 19. d. Mts. ist ein Vertreter des Unterzeichneten in der Vikarie zu Kaiseran bezügl. näherer Auskunft von morgens 11 Uhr ab bis 4 1/2 Uhr zu sprechen.

Bochum, den 9. April 1910.

Der Architekt: H. Wieleers.

Friedr. Frieling, Kamen.

Grosses Lager erstklassiger

Fahrräder

zu billigsten Preisen.

Ersatz- u. Zubehörteile

in größter Auswahl.

Pneumatiks. Acetylen-Laternen.

Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen. 501

Schwächliche in der Entwicklung oder beim Lernen zurückbleibende Kinder, sowie blutarme, sich mattfühlende und nervöse, überarbeitete, leicht erregbare, frühzeitig erschöpfte Erwachsene gebrauchen als Kräftigungsmittel mit großem Erfolg **Bioglobin**.

Man verlange jedoch ausdrücklich das echte, nach Patentverfahren hergestellte **Bioglobin** und lasse sich keine der vielen Nachahmungen aufreden.

Der Appetit erwacht, die geistigen und körperlichen Kräfte werden rasch gehoben, das Gesamt-Nervensystem gestärkt.

Eine schöne

Wohnung

von 4 Zimmern, Stallung, Keller und Garten zum 1. Mai oder später zu vermieten.

Zu erfragen: **Oberaden Nr. 106.**
Josef Gerken, Oberaden.

Überzeugen Sie sich, daß die Deutschland-Fahrräder

die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind! Verlangen Sie Preisliste die reichhaltigste d. Branche, auch über Radfahrer-Bedarfs- u. Sportartikel, Nähmaschinen, Uhren etc. kostenlos von den **Deutschland-Fahrrad-Werken August Stukenbrock Einbeck** Altes u. größtes Fahrradhaus Deutschlands

Besonderer Umst. halb. verk. Schm. Nub. Schlafzimmer mit guter Matr. u. Marmor 250 M. Schm. Küche 85 M. Schm. eich. Speisezimmer Büfett, Stendenz, Sofa m. Umbau, Ausziehtisch u. Lederstühle 450 M. Betten mit Matratze, Kleiderst., Vertikof, Spiegel usw. billig. 489
Dortmund, Kaiserstr. 26, 2. Etg.

Verblasste Stoffe

kann jeder leicht u. billig selbst färben

mit den echten **BRAUN'SCHEN FARBEN**
= Millionenfach bewährt =
Zu haben in Apotheken, Drogerien u. Farbenhandlungen
Man achte auf nebenstehend abgebildete Schutzmarke.



Fahrräder, erstklassig, direkt von der Fabrik, an

Private u. Händler von Mk. 54.— an. **Zubehörteile**, Mantel von Mk. 2,80 an.

Reparaturen, auch an fremdem Fabrikat, prompt und billigst.

Nähmaschinen, von Mk. 56.— an. 368

Katalog umsonst u. portofrei

Duisburger Fahrradfabrik

„Schwalbe“ Akt.-Ges.

Duisburg-Wanheimerort. Gegr. 1896.



Billige böhmische Bettfedern!

10 Pfund: neue gute 18.—, bessere 20.—, weisse daunenweiche 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, Versand franko, zeitfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet. Auf Wunsch sende Muster gratis u. franko.

Benedikt Sachs, Lobes 118 6923
bei Pilsen, Böhmen.

3-20 Mk. täglich können Personen

verdienst durch Schreibarbeit, häusl. tätigkeit, Vertretungen usw. Näher. Erwerbszentrale in Frankfurt a. M. 12354

Schlüssel

zum Erfolg

ist für jeden

Inferenten

bei allen seinen Anzeigen, gleich welcher Art und ob für hiesige oder auswärtige Zeitungen, die

Annoncen-Expedition

Aug. Rolef

Münster i. W., Markt 37

da diese durch 30 jährige Geschäftspraxis in der Lage ist, nur für die betreffenden Inserate geeignete Zeitungen zu wählen.

Gleiche Preise mit den Zeitungen-Expeditionen!

Besondere Vorteile!

Ersparnis an Zeit, Geld, Arbeit!

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 47.

Dienstag, den 19. April 1910.

38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung steht die vom Abgeordnetenhaus eingegangene Wahlrechtsvorlage. Sofort nimmt das Wort

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg:

Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlage erheblich geändert. Ich habe dort ausführlich dargestellt, welche Gründe uns zu unseren Vorschlägen geführt haben. Das Abgeordnetenhaus ist auf diese Gründe nicht eingegangen. Die Regierung hält an diesen Gründen nach wie vor fest. Aber es war die Frage, ob sie angesichts der Änderungen der Vorlage durch das Abgeordnetenhaus das ganze Werk schon dort scheitern lassen sollte, sodaß das Herrenhaus damit überhaupt nicht befaßt worden wäre. Dann aber wäre gar nichts zustande gekommen. Die Regierung hat jedenfalls ihrerseits alles getan, was sie konnte, um angesichts des dringenden Bedürfnisses nach einer Reform einem Ruhepunkte in dieser Frage nahe zu kommen. Ich richte deshalb an Sie die Bitte, das Prinzip der Beschlüsse des anderen Hauses nicht zu verwerfen. Im einzelnen enthalten aber diese Beschlüsse nicht überall die Lösung, die nötig ist, um der Regierung die Vorlage im Ganzen als annehmbar erscheinen zu lassen. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses weisen Lücken auf, die ausgefüllt werden müssen. Wenn die indirekte Wahl jetzt beibehalten werden soll, so ist es doppelt nötig, daß das Ziel der Regierung, die Kulturträger entsprechend in die Reihen der Wähler einzureihen, und die Vergrößerung der Stimmbezirke erreicht wird. Die einseitige Bevorzugung des Kulturtrügers ist nicht zu rechtfertigen. Die Bestimmungen hierüber müssen vervollständigt werden. Die Vergrößerung der Stimmbezirke ist ebenfalls erforderlich. Wenn die Fassung des Abgeordnetenhauses Gesetz würde, würden sich die Schwierigkeiten nicht mindern, sondern steigern. In dem Bewußtsein, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen in dieser ganzen Angelegenheit das Rechte getroffen hat, bin ich der Zusage getraut, daß es der Regierung in der Zusammenarbeit mit Ihnen und dem anderen Hause möglich sein wird, ein Werk zustande zu bringen, das den Interessen des Volkes und des Staates gerecht wird. (Leb. Beifall.)

Graf von Wartensleben:

Als 83jähriger General befrage ich tief, daß an den wohlgeordneten Grundlagen des Staates gerüttelt werden soll. Ich befrage, daß das irreführende Preußen unter dem Geßel der Marschälle die Straßen durchziehen und unerfüllbare Forderungen stellen. Um zwei Fragen handelt es sich: 1. Ist eine Reform nötig? 2. Wie weit soll sie gehen? Die erste Frage bejahe ich, nötig ist die Reform, aber auch nur, weil der König sie versprochen hat. Es wird jetzt immer mit Schlagworten gearbeitet. Da wird von der Entrechtung gewisser Parteien geredet. Wer hat von Entrechtung der Konservativen geredet, als sie in den sechziger Jahren unter diesem Wahlrecht in einer Droßke zu den Sitzungen fahren konnten? Nun fragt sich: Wie weit soll die Reform gehen? Der Redner verliest einen Brief, den er vor Jahren an den Fürsten Bismarck gerichtet und in dem er jede Veränderung des Wahlrechts in radikalem Sinne als unannehmbar bezeichnet. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute. Ich hoffe, daß bald wieder die Zeit kommt, wo wir wieder einen konservativ-liberalen, noch einen blau-schwarzen, noch einen rosa-roten Block haben, sondern wo die staatsstreuen Parteien unter Wahrung ihrer Eigenart in gemeinsamer Arbeit für die Staatswohlthat wirken. (Lebhafter Beifall.)

Herzog von Trachenberg:

Bereit annehmen können wir das Gesetz nicht. Veränderungen aber müssen so sein, daß dann auch eine verhältnismäßige Ruhe eintritt. Die Fassung des Abgeordnetenhauses verspricht diese Wirkung nicht. Das Reichswahlrecht für Preußen ist selbstverständlich eine Unmöglichkeit. Möglicherweise ist nur, auf der Basis der Beschlüsse des anderen Hauses, der geheimen Urwahl und der öffentlichen Wahlmännerwahl, zu prozedieren. Diese Basis muß in Einzelheiten abgeändert werden. Geändert werden muß die Drittelung. Die neue Faktion ist, wenn auch die Meinungen in ihr über die Vorlage auseinandergehen, in der Ablehnung der Vorlage einig, wenn in Bezug auf die Drittelung nicht eine wesentliche Verbesserung der Vorlage vorgenommen wird.

Graf Wedel-Piesdorf:

Gegen den plutokratischen Charakter des Wahlrechts wollen wir auch ankämpfen und sind deshalb auch für die Margierung. Die Kulturträger-Bestimmungen müssen erheblich geändert

werden. Die Beibehaltung der indirekten Wahl auf das andere Haus halten wir für eine Verbesserung. Ein Teil meiner Freunde ist aber entschlossen, unter keinen Umständen dem Gesetze, so bald er die geheime Wahl bringt, zuzustimmen. Ein anderer Teil will, damit überhaupt etwas zustande komme, die geheime Wahl in Kauf nehmen, aber nur dann, wenn gewisse Garantien gegeben werden, daß diese Einführung der geheimen Wahl nicht eine Etappe auf dem Wege zur Einführung des Reichstagswahlrechts werde. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 20 Mitgliedern. (Beifall.)

Minister des Innern v. Moltke:

Die Regierung ist von dem Wert des geltenden Rechts voll überzeugt. Aber auch bei dieser hohen Einschätzung des geltenden Rechts kann man zu dessen Aenderung kommen, wenn man einsieht, daß es dem Ansturm seiner Gegner nicht lange mehr standhalten kann. Das Vorgehen der Regierung liegt durchaus in der Richtung einer staatsrechtlichen Politik. Eine erhebliche Erweiterung der Stimmbezirke ist nach Ansicht der Regierung unentbehrlich. Sodann ist der Gedanke, nicht nur Besitz, sondern auch Bildung beim Wahlrecht besonders zu berücksichtigen, in der Abgeordnetenhaus-Fassung verkümmert worden. Der Versuch, hier besser einzugreifen, muß in diesem Hause wenigstens gemacht werden.

Professor Voening:

Die Vorlage ist ebenso wenig eine Einführung des Verprechens der Thronrede, wie die Fassung des Abgeordnetenhauses, die ich geradezu einen Wechselbalg nennen muß. Mit unserem Fraktionsvorsitzenden, Herzog von Trachenberg, erkläre ich: Wir lehnen das Gesetz in der Fassung des anderen Hauses rundweg ab. Die Drittelung nach Wahlbezirken wird entgegen der Behauptung des Zentrums den plutokratischen Charakter des Wahlrechts nicht abschwächen. Wir können auf kein Kompromiß eingehen, das, wie dieses, einen Rückschritt darstellt.

Fürst Lichnowsky:

Es heißt, den Zeitgeist völlig verkennen, wenn man meint, diese Reform hätte sich verschieben lassen. Die Rechte muß Zugeständnisse machen. Man muß auch die politischen Inkompetenzen nicht außer acht lassen. Ohne die Mitwirkung der Konservativen und auch der Nationalliberalen ist für mich jedes Gesetz in dieser Frage unannehmbar. Dieses Gesetz wird dem heutigen System eine Signatur aufdrücken, die verhängnisvolle Agitationen entfehlen dürfte.

Professor Pillebrand-Breslau:

Ein großer Teil meiner Freunde hält es nicht für nötig, einem Gesetz zuzustimmen, mit dem ein so großer Teil des anderen Hauses nicht einverstanden ist. Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes werden die Wahlrechtskämpfe nur noch schlimmer werden. Wenn wir die Vorlage rundweg ablehnen, so wäre das kein Schaden. Wir wollen über den Entwurf in ernste Erwägungen eintreten. Aber einen Sprung ins Dunkle lehnen wir ab, und werden nicht versuchen, was Preußens Eigenart schädigt. (Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm:

Es kommt sehr darauf an, aus welchen Händen die Wahlreform angenommen wird. Für das Reichswahlrecht schwärmen auf der Linken nur einige Theoretiker. Zentrum und Sozialdemokratie dagegen sind dessen unbedingte Vorläufer. Der Terrorismus des Zentrums ist noch viel gefährlicher als der der Sozialdemokratie. Und da gehen die Konservativen mit dem Zentrum! Preußens Ehrenstück war die Ausgleichung der konfessionellen Gegensätze, das Zentrum will diese Gegensätze verschärfen. Darum: keine Politik auf Grund eines Bündnisses mit dem Zentrum! (Beifall und Handklatschen.)

Oberbürgermeister Kirschner:

Wir sind mit kleinen Veränderungen des Wahlrechts nicht zufrieden, sondern fordern eine fundamentale Aenderung, vor allem das geheime Wahlrecht. Bei der indirekten Wahl ist die geheime aber undurchführbar. Auch ohne das Versprechen in der Thronrede hätte die Wahlreform kommen müssen. Was 1849 zweckmäßig war, ist es heute nicht mehr.

Die Besprechung schließt. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 20 Mitgliedern, und das Haus vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Im Abgeordnetenhaus

land der Zusammenstoß, der am Schluß der Donnerstagsitzung zwischen dem Präsidenten und den Sozialdemokraten erfolgte, ein Nachspiel in einer langen Geschäftsordnungsdebatte. Vor Eintreten in die Tagesordnung nahm der konservative Abgeordnete Windler das Wort, um gegen das Verhalten der Sozialdemokraten gegen den Minister und den Präsidenten Protest einzulegen. Er verlangte, daß die von der Mehrheit der Geschäftsordnungscommission bereits em-

phohlene Verschärfung der Geschäftsordnungsregeln möglichst bald in Angriff genommen werde und beschwerte sich vor allem darüber, daß der Sozialdemokrat Ströbel eine spöttische Bemerkung über den Monarchen von den Abgeordneten geleitet habe. Weiter wünschte er, daß Zwischenrufe, soweit sie von den Stenographen verstanden werden, in das amtliche Stenogramm aufgenommen würden. Herr v. Röcher erklärte, daß er einen dahingehenden Auftrag bereits erteilt habe. In demselben Sinne sprach sich der freikonservative Abgeordnete Graf Moltke aus. Wenn nicht schärfere Mittel gegen die Sozialdemokraten angewandt würden, würde er sein Mandat niederlegen. Das Zentrum erklärte sich durch den Abg. Wellstein ebenfalls bereit, an einer Verschärfung der Geschäftsordnung mitzuwirken. Auch der national-liberale Abg. Saarmann mißbilligte das Auftreten der Sozialdemokraten in schärfer Form und meinte, daß etwas geschehen müsse, warnte aber davor, „abzuziehen“ zu handeln. Die Sozialdemokraten schickten drei Redner vor, die Abg. Ströbel, Borgmann und Hoffmann, um ihr Verhalten zu verteidigen. Herr Ströbel insbesonders hob hervor, daß der Ausdruck „Abzuziehen“, der bei ihm vom Präsidenten gerügt worden sei, zuerst vom Eisenbahnminister gebraucht worden sei, ohne daß der Präsident Einwendungen dagegen erhoben hätte. Für die Fortschrittliche Volkspartei sprach der Abg. Fund, der bezweifelte, ob der Vorgang einen Anlaß zu einer Verschärfung der Geschäftsordnung bieten könne. Er betonte energisch, daß die Rechte der Minderheit auf jeden Fall gewahrt werden müssen. Nachdem noch der konservative Abg. v. Arnim gebeten hatte, den Antrag der Geschäftsordnungscommission möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen, wurde die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Zahlreiche Redner der verschiedenen Parteien besprachen die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter, deren Lohnverhältnisse, namentlich der Streckenarbeiter, viel zu wünschen übrig ließen. Der Zentrumredner Tournau plädierte für eine Aufhebung des Rauchverbots in den Speisewagen. Am Schluß der Debatte ging der Abg. Becker-König (Zentr.) auf das Mühlheimer Eisenbahnunglück ein. Der Eisenbahnminister gab, soweit ihm nicht die schwebenden gerichtlichen Untersuchungen eine Reserve auferlegten, eine Darstellung der Umstände des Unglücks und betonte, daß die Eisenbahnverwaltung durch einen besonderen Sicherheitsausfluß alle neuen Erfindungen zur Sicherheit des Betriebes prüfen ließ. Darauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf abends.

Das Abgeordnetenhaus beendete am vergangenen Sonnabend die zweite Lesung des Eisenbahnetats, nachdem noch zahlreiche Mitglieder des Hauses Wünsche aus ihren Wahlkreisen vorgetragen hatten. Dann wurde bei der Beratung des Baubereichs der Eisenbahnverwaltung ein Antrag des Abg. v. Bodenberg einstimmig angenommen, die beteiligten Kreise, Gemeinden, Korporationen und Einzelinteressenten in größerem Umfang, als dies in der gegenwärtigen Praxis geschieht, bei Inangriffnahme und Ausführungen von Eisenbahnbauten anzuhören.

Das Haus trat dann in die Beratung des Kultusetats ein. Als erster Redner sprach als Vertreter des Zentrums der Abg. Dr. Dietrich-Braunsberg. Er forderte die Aufrechterhaltung des Einflusses der Kirche auf die Schule im Religionsunterricht und klagte darüber, daß die katholischen Organisationen nicht diejenige Freiheit genossen, wie sie die Diakonissen und ähnliche charitative Einrichtungen hätten, eine Freiheit, die er ihnen gerne gönne. Der Religionsunterricht müsse den Mittelpunkt des ganzen Schulunterrichts bilden. Namens der Zentrumspartei protestierte er gegen die Ausführungen des Herrn Hamm, daß unter den Zentrumsabgeordneten auch Sozialisten säßen. Die beiden folgenden Redner, Herr v. Jedlik von den Freikonservativen und Maurer von den Nationalliberalen, wandten sich scharf gegen den Vorredner und betonten, daß unsere Schule Staatschule sei und bleiben müsse. Selbstverständlich müsse der Religionsunterricht die ihm gebührende Stellung der Schule behalten. Ferner begrüßten sie es, daß jetzt das gesamte Unterrichtsweesen im Kultusministerium einem einzigen Dezernenten unterstellt sei. Herr v. Jedlik bezeichnete als das Ziel seiner Träume, daß die Medizinalabteilung vom Kultusministerium abgetrennt würde. Der Abg. Maurer wies insbesondere darauf hin, welche Härte es sei, die Kinder von Dissidenten zum Religionsunterricht zu zwingen. Die Kinder hörten zu Hause doch nur das Gegenteil von dem, was sie in der Schule lernten, und das führe nur zu einer unnötigen Verbitterung. Als nächster Redner war der Fortschrittliche Hoff gemeint, da dieser nicht anwesend war, sollte Herr Stachel das Wort erhalten, doch hat er, in Anbetracht der späten Stunde die Verhandlungen zu vertagen, ein Wunsch, dem das Haus auch Rechnung trug.

Der Reichstag

begann am Freitag mit der ersten Lesung des Entwurfs der Reichs-Verzinsungsgesetzes. Staatssekretär im Reichsschatzamt Vermuth leitete die Beratung ein, wobei er besonders darlegte, daß die Vorlage so frühzeitig eingebracht worden sei, um die Unsicherheit auf dem Grundstücksmarkt möglichst hinten zu halten. Der Ertrag der Steuer lasse sich im Augenblick noch gar nicht annähernd richtig schätzen, er könne deshalb dieses unsicheren Faktors wegen nicht die sichere Einnahme aus dem Uebertragungsstempel angeben. Darum soll neben der Verzinzungsteuer bis zum Jahre 1914 der Uebertragungsstempel in voller Höhe aufrecht erhalten bleiben. Das Haus war einstimmig mit der Grundtendenz der ganzen Vorlage einverstanden, nur ergaben sich über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Bestimmungen doch sehr abweichende Meinungen. Zunächst ergriff namens der Konservativen der Abg. Graf Westarp das Wort, der eigentliche Urheber dieses Teiles der Reichsfinanzreform. Er stimmte zwar der Vorlage rückhaltlos zu, wenn er auch einige Wünsche seiner Freunde, die bisher nicht berücksichtigt sind, vorbrachte. Auch der Abg. Dr. Südekum hatte von seinem sozialistischen Standpunkt aus gegen die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses nichts einzuwenden. Abg. Cuno (Fortschritt. Vpt.) protestierte dagegen, daß Wertzuwachssteuer und Uebertragungsstempel nebeneinander bestehen und auf diese Weise eine Erhöhung der Reichsfinanzreform über die bisherigen 500 Millionen hinaus herbeigeführt werde. Weiter wandte der Abgeordnete sich dagegen, daß zwar die Meliorationen bei ländlichen Grundstücken berücksichtigt, die Wertsteigerungen aber, die durch gewerbliche Tätigkeit verursacht sind, nicht beachtet werden sollten. Trotzdem stimmte auch er im Prinzip der Vorlage zu, gegen deren schnelle Verabschiedung er nichts einzuwenden hatte. Im ähnlichen Sinne äußerten sich der Nationalistabgeordnete Dr. Weber und der Zentrumabgeordnete Dr. Spahn. Auch Abg. Dr. Arendt (Npt.) erklärte im Eingang seiner Rede, auf dem Boden der Vorlage zu stehen, machte aber dann so schwerwiegende Bedenken und so weitgehende Änderungsvorschläge geltend, daß Staatssekretär Vermuth mit Recht meinte, daß man diesen Redner kaum noch als einen Anhänger der Vorlage betrachten könne. Nachdem noch Abgeordneter Raab (Wirtschaftliche Vereinigung) für die Vorlage eingetreten und der Sozialdemokrat Zietzsch betont hatte, daß der Wertzuwachs eigentlich den Kommunen für ihre großen Leistungen auf sozialpolitischem und gemeinnützigem Gebiete vorbehalten bleiben müßte, wurde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Der Reichstag verhandelte am vergangenen Sonnabend vor äußerst leeren Bänken über den Entwurf, der die Steuerpflicht des Reiches für fabrikmäßige Unternehmungen, Militärfabriken und andere Einrichtungen endlich reichsgesetzlich regeln soll. Unter der bestehenden Unübersichtlichkeit hatten viele Gemeinden zu leiden, zumal ihnen die freiwillig gewährten Beihilfen des Reichs jederzeit wieder entzogen werden konnten. Das brachte naturgemäß eine gewisse Unsicherheit in ihre finanziellen Verhältnisse, und zahlreiche Beschwerden, Klagen und Petitionen waren die Folge. In der Debatte begrüßten denn auch die Redner aller Parteien die Einbringung der Vorlage. Der Zentrumabgeordnete Gröber und der Zentrumschäfer Bonderhager äußerten, wenn auch keine grundsätzlichen so doch Einwände vom Standpunkte der besonders gearteten Interessen einiger einklassigen und lothringischen Gemeinden mit zahlreicher Militärbewohner. Der Gegentwurf wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen, ebenso der Gegentwurf, der die Aufstausgaben für Südwestafrika nunmehr endgültig regeln will. Er bringt den Anfang der von der Reichsregierung zugesagten Aufstellung über die Ausgaben und verlangt zur Deckung der Mehrausgaben 23,7 Millionen, die durch Anleihe gedeckt werden sollen. In der Debatte sagte Staatssekretär Dernburg die Abrechnung über sämtliche Aufstausgaben noch für dieses Jahr zu. Der Sozialdemokrat Stolle hielt eine scharfe Rede gegen die „Schlampe“ in Südwest, über die man mit dieser Vorlage den Deckmantel der Liebe breiten wollte. Damit holte er sich eine derbe Absuhr vom Bundesratsstich und von allen folgenden Rednern, die ihm nachwiefen, daß er die Vorlage gar nicht begriffen hatte. Schließlich wurde in vorgerückter Stunde noch die Fernsprechgebührenordnung in Angriff genommen. Ueber eine kurze Einleitungsrede des Staatssekretärs Kraetke, die lediglich eine Erläuterung der bekannten Begründung der Vorlage darstellte, kam man nicht hinaus. Offenbar wollten die Redner nicht vor 15 Abgeordneten über diesen wichtigen Gegenstand sprechen, so daß man sich auf Montag vertagte.

